

Beschluss

(Projekt) Raus aus der Kohle, Strukturpolitik anpacken

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.11.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

Antragstext

- 1 Wir schließen den Aufschluss neuer Tagebaue im Landesrecht aus, zudem wollen wir bereits genehmigte
- 2 Tagebaue verkleinern. Bis dahin müssen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle
- 3 verdient, sondern auch die anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens drei Mrd EUR allein für die
- 4 Lausitz - trägt. Die Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte
- 5 Arbeitsplätze und ist damit ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die
- 6 rechtlichen Möglichkeiten Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue
- 7 Welzow und Jänschwalde gegenüber der LEAG festzusetzen. Kann oder will sie diese nicht erbringen, sollen
- 8 die neuen Hauptbetriebspläne nicht genehmigt werden. Analog des Berlin/Bonn-Gesetzes wollen wir
- 9 gemeinsam mit dem Bund und Sachsen ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz
- 10 verhandeln, um die Finanzierung des Strukturwandels auf ein festes Fundament zu stellen.
- 11 Wir wollen einen Lausitz-Steuerungskreis mit Vertretern aus der Region, der Politik und Vertretern aus
- 12 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einsetzen. Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die
- 13 zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Wir
- 14 wollen in einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ den Masterplan weiter ausarbeiten und die
- 15 Umsetzung koordinieren. Die Geschäftsstelle stellt eindeutige und messbare Ziele und Zeitpläne auf,
- 16 übernimmt die Abstimmung von interkommunalen/ regionalen Förderanträgen sowie die Kommunikation
- 17 und Öffentlichkeitsarbeit. Wir wollen eine Lausitz-Stiftung einrichten und mit festen Einzahlungen über 15
- 18 Jahre verankern.